



Unterstützung des WdF für Initiative „Österreich darf nicht sitzen bleiben“

Am 28. Februar 2011 startete die Sammlung von Unterstützungserklärungen für das Volksbegehren Bildungsinitiative. Das WdF begrüßt die Dynamik, die damit in die seit langem stagnierende Debatte gekommen ist. „Bildung ist nicht nur ein Zukunftsthema für uns Manager, sondern durch die Breite der Unterstützung sehen wir einen Aufschrei der Bevölkerung an die Politik“, so Bundesvorsitzender Dr. Paul Jankowitsch anlässlich der Unterstützungszusage an Dr. Hannes Androsch.

„Die Hebung des Bildungsniveaus und die Schaffung eines fairen, effizienten Bildungssystems muss uns ein gemeinsames Anliegen sein. Weil die Zukunft unserer Jugend, unserer gesamten Gesellschaft, die Erhaltung unserer sozialen Sicherheit und unserer wirtschaftlichen Leistungskraft davon abhängt, ist die öffentliche Unterstützung durch das Wirtschaftsforum der Führungskräfte ganz wichtig“, freut sich Dr. Hannes Androsch über die offizielle Aufnahme des WdF in die Reihen der Unterstützer des von ihm initiierten Volksbehrens.

Für das WdF ist neben den unmittelbar für die (Weiter-)Qualifizierung wichtigen akademischen Forderungen auch ein Punkt ganz essentiell: „Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an elementarpädagogischen Einrichtungen (Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten), sowie bundesweite Ganztagsange-



bote“. Damit wird auch die rasche Wiederaufnahme der Karriere, etwa nach Karenzen, ermöglicht, „eine Forderung, die besser als jede Quote auch den Frauenanteil im Management erhöhen würde“, so Dr. Jankowitsch.

Worum geht es?

Den gesamten Text des Volksbegehrens und aktuelle Informationen gibt es auf der

Homepage des Volksbegehrens Bildungsinitiative unter www.nichtsitzenbleiben.at.

Der Kurztext der Initiative – wie er auch auf den Unterstützungserklärungen (siehe Kasten) zu finden ist – lautet:

Wir fordern mittels bundes(verfassungs)-gesetzlicher Regelung ein faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das vom Kleinkind an alle Begabungen fördert und Schwächen ausgleicht, autonome Schulen unter Einbeziehung der SchulpartnerInnen und ohne Parteieneinfluss, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen, eine Aufwertung des LehrerInnenberufs und die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Universitäten auf 2 % des BIP bis 2020. <<

Was können wir tun?

„Nicht sitzen bleiben, Unterstützungserklärung unterschreiben gehen“

Ab 28. Februar 2011, werden 18 Wochen lang, bis einschließlich 1. Juli 2011, in allen Gemeindeämtern und Magistratischen Bezirksämtern Unterstützungserklärungen (entsprechende Formulare liegen dort auf) für das Volksbegehren Bildungsinitiative „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ gesammelt. Die Unterstützungserklärung gibt es auch zum Download (Selbst-Ausdrucken) auf der Homepage des Volksbegehrens Bildungsinitiative www.nichtsitzenbleiben.at.

Die Unterstützungserklärung kann jeder österreichische Staatsbürger unter-



fertigen, der das 16. Lebensjahr vollendet hat und nicht vom Wahlrecht zum Nationalrat ausgeschlossen ist. Unterstützungswillige gehen bis spätestens 1. Juli 2011 mit Ausweis zu ihrer Hauptwohnsitz-Gemeinde bzw. zu einem Magistratischen Bezirksamt und leisten dort ihre Unterschrift auf der vorbereiteten Unterstützungserklärung.

Das Gemeindeamt/Magistratische Bezirksamt sammelt die unterfertigten und bestätigten Unterstützungserklärungen und übermittelt diese nach dem 1. Juli 2011 an das Volksbegehren-Bildungsinitiative-Büro.